

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/224

24. November 1975

Das politische Risiko

Notwendige Klarstellungen gegen Unions-Agitation

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD, Landesvorsitzender
der SPD Bayern und Bundesjustizminister

Seite 1 / 38 Zeilen

Die Union bleibt regierungsunfähig

Auch in der Kommunalpolitik hat sie kein Konzept

Von Hans Koschnick
Senatspräsident der Freien Hansestadt Bremen und
stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 2 und 3 / 65 Zeilen

"Aspekte der Normalisierung"

Deutsch-polnisches Wissenschaftler-Team legt gemeinsame
Arbeit vor

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Auswärtiges

Seite 4 und 5 / 67 Zeilen

"Deutschlandtag" einer zehnlösen Jungen Union

Soviel Kritik wie nötig, soviel Opportunismus wie möglich

Seite 6 / 36 Zeilen

Aufschwung in greifbarer Nähe

Fünf Weise zwischen Vorsicht und Zuversicht

Seite 7 und 8 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eder

5300 Bonn 12, Neustallee 2-10
Postfach: 305 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 38 60 37 - 38
Telefax: 05 30 945 - 40 ppon 6

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Köthner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Das politische Risiko

Notwendige Klarstellungen gegen Unions-Agitation

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD, Landesvorsitzender der SPD Bayern und Bundesjustizminister

Der Geschlossenheit der SPD und der klaren Perspektive ihres "Orientierungsrahmens '85" hat die Opposition nichts entgegenzusetzen; vielmehr konnte die CDU bisher nur durch unentwegtes Nachgeben, durch immer neue Unterwerfung unter die Befehle eines Franz Josef Strauß die offene Spaltung verhindern.

In dieser Situation klammert sich die CDU/CSU an ein Wort Willy Brandts aus seiner Parteitage-rede: an das Wort vom "Sicherheitsrisiko". Mit hochgesteigerter Entrüstung will sie aus diesem Wort eine Diffamierung der gesamten Opposition, ja sogar die Zerstörung der demokratischen Grundlagen unseres Gemeinwesens ableiten. Einige Unions-Angehörige gehen noch weiter und rufen ihrerseits zu einer Art totalen Krieg unter den Parteien auf. Dem aber kann nur ein "Zurück zur Vernunft" entgegengesetzt werden.

Willy Brandt hat die Unions-Parteien ja nicht als Sicherheitsrisiko im technischen Sinn des Wortes qualifiziert. Von all dem, was man darunter landläufig versteht - nämlich die Gefahr des Geheimnisbruches oder der Agitation gegen den demokratischen Verfassungsstaat - war überhaupt nicht die Rede. Was Brandt meinte war: Die gegenwärtige Politik der CDU/CSU ist ein Risiko für die Wohlfahrt und Stabilität unseres Landes und damit für die soziale und politische Sicherheit der Bundesrepublik.

Und für diese Ansicht gibt es gute Gründe: Wer ernsthaft verlangt, die Bundesrepublik soll zusammen mit Albanien der Schlußakte von Helsinki fernbleiben, wer den Polen-Vertrag ablehnt, wer durch ständige Panikpropaganda versucht, Krisen geradezu herbeizureden, und wer zur Steigerung seiner eigenen Macht sogar mit der Sprengung des Parteiengefüges unserer Republik droht, der setzt sowohl unsere außenpolitische Position wie auch unsere innere Wohlfahrt aufs Spiel; der treibt eine riskante Politik der Isolierung nach außen und der Konfrontation nach innen; der ist letztlich selbst ein politisches Risiko. Nicht zuletzt deshalb reicht die Zahl derer, die Franz Josef Strauß nicht als verhinderten Retter, sondern als bis jetzt gottlob verhindertes und auch in Zukunft zu verhinderndes Risiko empfinden, weit bis in die Reihen der CDU, ja selbst der CSU hinein.

In diesem Sinne hat Willy Brandt nur ausgesprochen, was auch ein Gerhard Schröder, ein Richard von Weizsäcker und wohl im stillen auch ein Kurt Biedenkopf denken. Darüber sollte unter Demokraten diskutiert werden; konkret, hart aber ohne gegenseitige Verteufelung. Damit an Stelle des Risikos die Alternative sichtbar wird. Die Alternative zur Regierungspolitik, die von der Opposition bis jetzt zu entwickeln und deutlich zu machen völlig verblümt worden ist.

(-/24.11.1975/ja/hh/ve)

+ + +

Die Union bleibt regierungsunfähig

Auch in der Kommunalpolitik hat sie kein Konzept

Von Hans Koschnick

Stellv. Vorsitzender der SPD, Senatspräsident der Freien
Hansestadt Bremen und Präsident des Deutschen Städtetages

Nach den eindrucksvollen Ergebnissen des sozialdemokratischen Parteitages in Mannheim bekommen CDU und CSU über ihre eigene Zerstrittenheit ein Grauen vor sich selbst, das sie laut mit Appellen an die eigene Einigkeit wegreiben wollen. Strauß und Kohl beschworen auf der Vertreterversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU am letzten Wochenende die Delegierten, einig zu sein und meinten eigentlich sich selbst. Die Beschuldigungen zur Einigkeit der Herren Strauß und Kohl hinderten die Delegierten nicht, kontrovers zu diskutieren und sich gegen ihre "Führer" zu wenden.

Was Strauß als das Ende der kommunalen Selbstverwaltung und des repräsentativen Systems geißelte, beschlossen die Delegierten, nämlich Möglichkeiten zu schaffen, damit die Bürger ihre Anliegen unmittelbar durchsetzen können. Was Strauß als fiskalische Augenwischerei abtat, verabschiedeten die Delegierten einstimmig: die Aufstockung des gemeindlichen Anteils an der Einkommensteuer. Was Strauß noch zu Beginn des Kongresses forderte - eigene Gemeindesteuern und das Hebesatzrecht -, darüber redeten die Delegierten nicht mehr.

Genauso wie die von der CDU entdeckte "neue soziale Frage" von der Bevölkerung nicht angenommen werden wird, genauso wird die CDU/CSU mit ihrer "neuen Kommunalpolitik" auf taube Ohren stoßen. Die Kommunalpolitik der Parteien zu überprüfen wird dem Bürger in Zukunft leichter fallen, hat er doch jetzt schwarz auf weiß die Gelegenheit, die kommunalpolitischen Programme der Parteien vergleichen zu können. Dabei wird er entdecken, daß sich die CDU/CSU - wie häufig - fremde Federn an ihren Hut steckt. Die seit über einem Jahrhundert von der SPD geprägten Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität sollen zu neuen Markenzeichen der CDU/CSU hochstilisiert werden. Daß dies nicht gelingen wird, dafür sorgen die konservativen Parteien schon selbst, wenn sie bei der Bestimmung dieser Grundwerte vor allem

erklären, was sie nicht wollen. Dieses Antiprogramm der politischen Grundwerte wird in der Bevölkerung auf Unverständnis stoßen. Genauso wie in nationalen, wirtschaftspolitischen, sozialen und außenpolitischen Fragen hat die CDU/CSU leider keine Alternativen in der Kommunalpolitik. Ihre Regierungsunfähigkeit beweist sie in allen politischen Bereichen.

Strauß und Kohls Appelle zur Einigkeit, denen kaum noch einer traut, ersetzen keine konkreten politischen Alternativen. Verantwortliche Politik kann nicht eine Sammlung von Antiprogrammen sein. Auch die "neue Kommunalpolitik" der CDU/CSU ist ein Antiprogramm. In der massiven Forderung nach Privatisierung der kommunalen Dienstleistungen wird dies klar erkennbar. Hier wird nicht etwa die Frage gestellt, wie im öffentlichen Bereich rationalisiert werden kann, damit die Leistungen für den Bürger effektiver und kostengünstiger angeboten werden können. Hier wird schlicht und einfach gefordert, diejenigen öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren, die Gewinne abwerfen könnten - natürlich im Interesse kapitalkräftiger Minderheiten, die die CDU/CSU vertritt. Alle übrigen öffentlichen Leistungen, die mit Verlusten arbeiten müssen, weil sie soziale Bedürfnisse erfüllen, sollen gefälligst in der Verantwortung der Kommunen bleiben. Daß diese Art von Antipolitik nicht einmal in den eigenen Kreisen Gehör finden kann, bewies der Stuttgarter CDU-Oberbürgermeister Rommel, als er klar ablehnte, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten sehen mit einigem Interesse den kommunalpolitischen Äußerungen der CDU/CSU entgegen. Leider hat sich wieder einmal bestätigt, daß die Union keine Alternativen entwickeln kann. In allen wichtigen Fragen - nun auch in der Kommunalpolitik - ist ihre Politik die Politik der Antihaltung. Dies war nicht die Art von Alternativen, die Willy Brandt in Mannheim von Kohl forderte. Die CDU/CSU bleibt regierungsunfähig.
(-/24.11.1975/va/e/pr)

+ + +

"Aspekte der Normalisierung"

Deutsch-polnisches Wissenschaftler-Team legt gemeinsame Arbeit vor

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Auswärtiges

Wenn nicht in letzter Minute Querschüsse aus der großen Politik dazwischen kommen, was jetzt allerdings nicht mehr zu erwarten ist, dann dürfte im Frühsommer 1976 das erste deutsch-polnische wissenschaftliche Kooperationsvorhaben in Buchform unter dem Titel "Aspekte der Normalisierung" gleichzeitig in beiden Sprachen mit dem gleichen Text der Öffentlichkeit vorgelegt werden können. Zur zweiten Autorenkonferenz hatten sich - dieses Mal in Warschau - rund 15 Wissenschaftler verschiedener Disziplinen aus beiden Ländern getroffen, um die schon nahezu vollzählig vorliegenden Aufsätze zu verschiedenen Themen der deutsch-polnischen Beziehungen kritisch durchzugehen. Im Januar sollen dann die beiden deutschen und die polnischen Herausgeber die Chefredaktion vornehmen.

Jeweils paarweise werden in diesem Buchvorhaben aus der deutschen und polnischen Sicht so schwierige Probleme wie der geschichtliche Hintergrund der Beziehungen zwischen beiden Völkern, Fragen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit sowie der gegenseitigen Rezeption in Literatur und Kunst behandelt. Vor allem aber werden die eigentlich politischen Beziehungen zwischen 1949 und 1970 und zwischen 1970 und 1975 im nationalen und internationalen Zusammenhang einschließlich der sogenannten humanitären Aspekte der Familienzusammenführung und der generellen Umsiedlung sowie schließlich unter psychologischen Gesichtspunkten die einem erfreulichen Wandel unterliegenden "Bilder" analysiert und bewertet, die sich ein Volk von dem anderen macht.

Wo in Einzelheiten oder in genereller Hinsicht keine "Einigung" erzielt werden kann - und damit ist naturgemäß zu rechnen - soll unter Umständen mit Anmerkungen gearbeitet werden, die das abweichende Votum deutlich machen. Autoren und Herausgeber auf beiden Seiten versprechen sich von diesem Experiment auf streng wissenschaftlicher Grundlage nicht zuletzt ei-

nen bescheidenen Beitrag zur Ausfüllung der entsprechenden Vereinbarungen im Rahmen der KSZE über Kooperationsvorhaben jenseits aller Grenzen, die nun einmal durch verschiedene Gesellschaftsordnungen und Regierungssysteme gesetzt sind.

Die zweite Autorenrunde fiel in die Zeit beginnender Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik um die parlamentarische Verabschiedung der Vereinbarungen und Verträge, die zwischen Generalsekretär Gierek und Bundeskanzler Schmidt am Rande der Konferenz von Helsinki nach jahrelangen Expertengesprächen ausgehandelt worden waren. Innenpolitische Kontroversen in einem parlamentarischen System wie dem unsrigen müssen auch in der Volkerepublik richtig gewertet und eingeordnet werden. Das wird man in Gesprächen in Warschau immer wieder deutlich machen können. Dennoch sollte man bei uns in den kommenden Wochen und Monaten nicht vergessen, daß viel auf dem Spiel steht, daß vor allem aber unsere polnischen Vertragspartner nicht überfordert werden dürfen. Das gilt nicht zuletzt für das von der Opposition betriebene ständige Herummäkeln an dem Protokoll über die Aussiedlung von rund 125 000 Menschen aus der Volkerepublik Polen. Warum diese Form gewählt wurde, weiß im Grunde jeder Kenner der komplizierten Materie. Daß die gewählte Form auch unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten beide Seiten bindet, ist dem Fachmann ebenfalls bekannt. Die Opposition sollte daher unter keinen Umständen den Eindruck erwecken, als ob sie auch nur im geringsten an der Bereitschaft der polnischen Seite zur korrekten Erfüllung aller übernommenen Verpflichtungen zweifelt. Dazu bestünde nach der Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte bei uns überhaupt kein Anlaß.

Von der Notwendigkeit einer weiteren Aussöhnung und Normalisierung zu sprechen, dabei aber gleichzeitig Mißtrauen hinsichtlich der Vertragstreue des anderen zu säen oder bei diesem echten und daher guten diplomatischen Kompromiß nur herauszustellen, wo die deutsche Seite "gegeben" und nicht wo sie "genommen" hat, muß jedem normalen Betrachter als ein Ausdruck politischer Schizophrenie erscheinen. Die Nach-Mehrheit innerhalb der beiden Oppositionsparteien im Bundestag bleibt daher weiterhin aufgerufen, in dieser Frage zumindest zur Linie Konrad Adenauers zurückzufinden, der unter ähnlichen Vorzeichen eine Politik der Aussöhnung zum Beispiel mit dem israelischen Volk betrieb und im übrigen auch Polen in den 50er Jahren ein Kreditangebot übermitteln ließ.

Guter Wille zwischen Nationen und Völkern läßt sich auch zerrreden. Das sollten im Hinblick auf die große Herausforderung unseres Jahrzehnts, einer Aussöhnung und Normalisierung zwischen dem deutschen Volk in der Bundesrepublik und dem polnischen Volk, alle die gemeinsam zu verhindern trachten, denen das Wohl und Wehe der Menschen - der deutschen wie der polnischen - entscheidendes Kriterium ihres politischen Handelns ist.

(-/24.11.1975/wl/ja/hh)

"Deutschlandtag" einer zahnlosen Jungen Union

Soviel Kritik wie nötig, soviel Opportunismus wie möglich

Hätte die Wahl des Bundesvorstandes nicht auf der Tagesordnung gestanden: Die Junge Union hätte sich ihren jüngsten Deutschlandtag in Mönchengladbach sparen können. Dr. Helmut Kohl, Hans Katzer, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf und Matthias Wissmann hätten sicherlich auch anderswo eine Bühne gefunden, von der sie die teils markigen, teils beschwörenden Solidaritätsbekundungen mit allen Extremen der CDU/CSU hätten wiederholen können. So durften die genannten Unions-Größen den rhythmischen Applaus der mehr als 200 Delegierten genießen, und konnten sogar darüber hinwegsehen, daß Biedenkopf von einer nicht unbeträchtlichen Zahl bayerischer Jungunionisten mit "Tandler-Tandler!"-Rufen begrüßt wurde. Wie die Alten gesungen, zwitschern auch die Jungen.

Wer in Mönchengladbach die Fortsetzung der interessanten, in manchen Bereichen gar richtungweisenden Diskussionen des letzten Deutschlandtages in Lehnstein erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht. Der langweilige und inhaltlose Kongreß, dessen megeren Beschlüsse die vom Zwang zur Einheit bestimmte Einfallslosigkeit der Jungen Union nur bestätigen, bedeutet ganz offensichtlich einen Rückschritt. Matthias Wissmann, der Bundesvorsitzende und karrierebewußte Einpeitscher einst der Aufmüpfigkeit und jetzt der Einheit, hielt seinen Laden sauber und vergeb keine persönliche Chance. Freilich auf Kosten einer beträchtlichen Zahl von Nein-Stimmen, die ihn bei seiner Wiederwahl begleiteten. Vielleicht hatte der smarte Rechtsreferendar sein Konto ein wenig überzogen, als er gestern die Solidarität mit Strauß und Kiep, Blüm und Kohl gefordert hatte. Grenzen der Pseudo-Solidarität?

Die zahnlose, von den Beschwörungsformeln der Vorsitzenden Helmut und Matthias gedopte Junge Union raffte sich aber schließlich dennoch dazu auf, die Alternativlosigkeit der parlamentarischen Opposition zu beklagen. Die Delegierten forderten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Art "Lendenschurz"-Resolution auf, "unverzüglich" Konzepte zur Mitbestimmung, zur beruflichen Bildung, zur Vermögensbildung und zum Bodenrecht vorzulegen. Freilich hatte man dies in Lehnstein auch schon angeregt gehabt - völlig nutzlos, wie hinlänglich bekannt ist, also auch bei der Wiederholung höchst gefahrlos.

So blieb die Junge Union des Jahres 1975 ein Verein der verbalen Kraftmeierei, ein Zusammenschluß stillhaltender Nachwuchspolitiker, deren Verstand sich in Mönchengladbach einzig und allein darin zeigte, soviel Kritik wie nötig und soviel Opportunismus wie möglich demonstriert zu haben.

Anselm Bengeser
(-/24.11.1975/w1/ben/ee)

+ + +

Aufschwung in greifbarer Nähe

Fünf Weisen zwischen Vorsicht und Zuversicht

Für die Bundesrepublik scheine, so meinen jedenfalls die fünf Weisen, der Aufschwung in greifbare Nähe gerückt. Allerdings sind leichte Zweifel angebracht. Nicht etwa grundsätzliche, sondern lediglich dann, wenn es gilt, Verlauf und Stärke des langerwarteten Aufschwungs einzugrenzen.

Damit haben die Sachverständigen - vielleicht ungewollt - eine "entscheidende Schwachstelle" nicht nur des "75er Gutachtens", sondern auch seiner Vorgänger umrissen: Je größer die Zahl der Hypothesen, der Grundannahmen oder Rahmendaten ist, desto weniger verlässlich können die darauf basierenden Vorhersagen sein. Aus diesem Grund sollte auch die Korrektur einiger Aussagen gegenüber dem Sondergutachten von Ende August nicht überbewertet werden.

Aus dem gleichen Grund muß man dann aber auch für 1976 mit der gebotenen Reserve an die Aussage der Gutachter herangehen, ein Umstand, der den fünf Weisen von niemandem zum Vorwurf gemacht werden kann. Schließlich sind die Stellen hinter dem Komma bei volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beispielsweise für die Bundesrepublik Daten, die Dimensionen erreichen, von denen sehr wohl entscheidende Impulse ausgehen können, es aber nicht müssen.

Der Sachverständigenrat ist sich - die Häufung von Konjunktiven und Konditionalsätzen beweist das - der Risiken sehr wohl bewußt. Gleich im ersten Absatz der Prognose für 1976 weisen sie, sozusagen präventiv, auch auf die erheblichen Unsicherheiten hin. Dies mag ihnen letztendlich sogar zum Verdienst geraten. Kann man doch aus diesem Lavieren zwischen subjektiver Zuversicht und objektiver Vorsicht die ernstgemeinte

Aufforderung herauslesen, sowohl mit der nötigen Sorgfalt und Vorsicht als auch mit der gebotenen Ausdauer die Konjunkturpolitik der letzten Monate weiterzubetreiben. Schließlich kommt es darauf an, der wirtschaftlichen Expansion Raum zu geben, ohne dabei die Tendenzen zur Beruhigung des Preisauftriebs zu behindern. Dabei wirkt noch nach, daß die Folgen der Steuer- und der Kindergeldreform auch 1976 einen wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der konjunkturrelevanten Verbrauchernachfrage behalten werden. Dies könnte es den Tarifvertragsparteien in der Tat ermöglichen, in der Einkommenspolitik einen für sie selbst, aber vor allem auch für die Volkswirtschaft tragbaren Kompromiß bei den nächsten Lohnrunden zu finden. In diesem Fall wäre jegliche Steuererleichterungspolitik auch aus konjunkturpolitischen, und nicht nur aus budgetären Gründen völlig überflüssig.

Es wird in den nächsten Monaten einer Konjunkturpolitik bedürfen, die die Risiken eines Rückschlags vor allem im Bereich der Beschäftigung nicht außer acht läßt, die aber andererseits unkontrollierbare Ausuferungen im Interesse einer langfristig ruhigen Aufwärtsentwicklung gar nicht erst aufkommen läßt. Die fünf Weisen zeichnen sich mit ihrem Gutachten durch Zurückhaltung aus, weniger was die Diagnose, sondern schon eher die Therapievorschläge betrifft. Das aber ist im Grunde zu erwarten gewesen: Nationalokonomische Theorien sind nun einmal nicht in der Lage, machtpolitische Absichten samt dazugehörigen Realisierungsversuche zu neutralisieren. Aber genau mit diesen Produkten praktischer Politik muß auch die deutsche Konjunkturpolitik heute fertig werden.

Theodor Treemes
(-/24. 11. 1975/bgy/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller